

Die Währungsgeschichte der Deutschen. Ein Trauerspiel in fünf Akten

03.02.2020 | [Prof. Dr. Thorsten Polleit](#)

Die Ursprünge des Britischen Pfunds reichen in das 8. Jahrhundert nach Christi Geburt zurück, und noch heute ist es das Geld der Briten. Der US-Dollar ist seit 1792 - also seit 228 Jahren - das Geld der Amerikaner. Der Franc wurde 1795 zum Geld der Franzosen, und er hatte den Menschen der Grande Nation immerhin bis Ende 1998 gedient, also mehr als 200 Jahre. Der Schweizer Franken erblickte 1850 das Licht der Welt - und ist damit seit fast 170 Jahren im Dienst. Der japanische Yen wurde 1871 eingeführt, und er wird bis auf den heutigen Tag verwendet.

Und die Deutschen? In den letzten knapp 150 Jahren haben sie auffällig viele Währungen gehabt, viel mehr als andere große Volkswirtschaften. Die Deutschen hatten: Goldmark, Papiermark, Rentenmark, Reichsmark, D-Mark und - aktuell - Euro. Hinzuzählen müsste man eigentlich auch noch das Notgeld, die Alliierte Militärmark und - das betrifft die Ostdeutschen - die DDR-Mark. In den letzten knapp 1 1/2 Jahrhunderten gab es für die Deutschen im Durchschnitt alle 25 Jahre ein neues Geld. Die Währungsgeschichte der Deutschen war so gesehen also äußerst unstet.

Wer ein wenig Einblick in die Geldtheorie hat, der kann erahnen, wie schwerwiegend ein Währungswechsel für ein entwickeltes Gemeinwesen ist, welche wirtschaftlichen und politisch-sozialen Beschädigungen damit einhergehen. Die Fragen, die sich hier stellen, lauten: Waren die politischen Geschicke der Deutschen ursächlich für ihre unstete Währungsgeschichte? Oder verhält es sich umgekehrt: Waren es die unsteten Währungsverhältnisse der Deutschen, die ihnen politisch immer wieder zu großem Schaden (Krieg, Tyrannie, Vertreibung, Spaltung) gereichten?

Meine Antwort auf diese Fragen ist die: Es war der Staat, der dem Geld der Deutschen immer wieder zum Verhängnis wurde. Genauer gesagt war es ihre unheilvolle Staatsbegeisterung, die die Deutschen immer wieder zur Beute sozialistischer Großprojekte hat werden lassen, und die mit wiederkehrender Regelmäßigkeit ihr Geld ruinierten. So gesehen ist der Euro die Fortführung einer traurigen Währungsgeschichte, die den Deutschen, wenn kein Umsteuern einsetzt, nichts Gutes verspricht für ihre wirtschaftliche und politische Zukunft.

Damit ist die Katze aus dem Sack: Denn genau das ist das Bild, das ich Ihnen unter der Überschrift "Die Währungsgeschichte der Deutschen. Ein Trauerspiel in fünf Akten" vermitteln möchte. Doch bitte lesen sie weiter! Ich denke, die folgenden Zeilen werden noch genügend Lesenswertes bieten. Deshalb sage ich: "Vorhang auf für den 1. Akt des Trauerspiels!"

1. Akt

Das Gold ist in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert mehr denn je als Geld gefragt; fast die ganze Welt befindet sich in einer Art "Goldrausch". Seit der Reform des US-amerikanischen Münzgesetzes im Jahr 1873 wird der US-Dollar nur noch in Goldgewicht definiert: 20,67 US-Dollar entsprechen einer Feinunze Gold. Das Britische Pfund ist schon seit dem Ende der Napoleonischen Kriege zu einer Goldwährung geworden, offiziell seit dem Jahr 1816. In Frankreich hat man bereits im Jahr 1795 eine Franc-Goldmünze geprägt und in Umlauf gebracht.

Und die Deutschen? Im Deutschen Bund nach 1815 verwendet man Silbergeld. Das ändert sich nach dem Sieg Preußens über Frankreich im Krieg von 1870-1871 und der Gründung des Deutschen Reiches. Frankreich muss Reparationen an Deutschland zahlen in Höhe von fünf Milliarden Franc in Gold. Mit diesem Gold stellt das Reich auf Goldgeld um. Am 4. Dezember 1871 wird die "Mark" (die auch als "Goldmark" bezeichnet wird) zur offiziellen Währung des Kaiserreichs erklärt und zum 1. Januar 1876 im gesamten Reichsgebiet eingeführt.

1 Goldmark entspricht 0,358423 Gramm Feingold (oder 1000/2790 Gramm Feingold). Am 1. Januar 1876 wird zudem die Reichsbank mit Sitz in Berlin gegründet; sie geht aus der Preußischen Bank hervor und wird Zentralbank des Reiches. Warum eine Zentralbank? Im Deutschen Reich ist es Gang und Götze, dass Banken per Kredit Banknoten und Giroguthaben ausgeben, die sie nicht (wie eigentlich versprochen) vollumfänglich in Edelmetall eintauschen können. Dieses sogenannte Teilreservesystem schwört immer wieder Vertrauensverluste, Bankenpleiten und Wirtschaftsstörungen herauf. Die Reichsbank soll als

"Kreditgeber in der Not" dienen, soll die Teilreservepraxis ungestraft möglich machen.

Allerdings hat auch die Reichsbank keine Volldeckung. Auch sie operiert mit einer Teilreserve: Laut Reichsbankgesetz §17 muss nur 1/3 der umlaufenden Reichsbanknoten gedeckt sein: durch gültiges deutsches Geld, also Goldmark, Reichskassenscheine, Gold in Barren oder ausländischen Münzen; die übrigen 2/3 Dritteln sind in Form von diskontierten Wechseln vorzuhalten. Wenn man also davon spricht, das Kaiserreich hätte einen klassischen Goldstandard gehabt, dann ist das eine falsche Deutung der Fakten. Es handelte sich vielmehr um einen Mogel- oder Pseudo-Goldstandard!

Das Kaiserreich ist da übrigens kein Einzelfall. Auch in den USA, England, Frankreich und anderswo operieren Zentralbanken und Geschäftsbanken mit einer Teilreserve!

Exkurs: Staat und Aggression

Halten wir an dieser Stelle kurz inne und führen uns vor Augen, welche Verbindung besteht zwischen Staat, Geld und Zentralbank. Aus dem Deutschen Bund von 1815 ist 1871 ein Großstaat geworden. Nicht zusammengebracht durch Freiwilligkeit der Menschen, sondern durch Gewalt und Aggression.

Drei Einigungskriege werden unter Preußens Leitung geführt: der Deutsch-Dänische Krieg 1864, der Deutsche Krieg 1866 und der Deutsch-Französische Krieg. Dass der Weg zum Großstaat gewaltsam war, ist alles andere als überraschend: Der Staat ist ein Aggressor, er ist ein territorialer Zwangsmonopolist mit Letztentscheidungsmacht über alle Konflikte in seinem Gebiet. Und als aggressive Instanz dehnt der Staat sich aus, wo er nur kann. Wie auch immer die Machtexpansion im Einzelfall aussieht: Stets beansprucht der Staat das Geldmonopol. So auch im Kaiserreich. Im Zuge seines monetären Eroberungsfeldzuges monopolisiert der Kaiserstaat die Münze und damit das Geld.

Der Staat etabliert eine Zentralbank, um die Gewinne des Teilreserve-Banksystems, von der vor allem auch er profitiert, bestmöglich auszuschöpfen. Mit der Reichsbank werden die monetären Missbrauchsmöglichkeiten des Kaiserstaates auf eine bisher nicht dagewesene Stufe gehoben. Mit fatalen Folgen für das deutsche Geld und die Deutschen, wie der 2. Akt nun zeigt.

2. Akt

Am 4. August 1914 beginnt der Erste Weltkrieg. Die deutsche Regierung stellt die Goldeinlösbarkeit der Mark sofort ein. Die Goldmark wird zur Papiermark. Denn das Kaiserreich will den Krieg auch mit der Ausgabe von Papiergele finanziieren. Von 1914 bis 1918 steigt die Geldmenge erst langsam, dann immer schneller: von 5,9 auf letztlich 32,9 Mrd. Mark - insgesamt eine Ver-5-fachung der Papiermarkgeldmenge. Als Folge verdoppeln sich die deutschen Großhandelspreise in dieser Zeit - die Kaufkraft der Papiermark halbiert sich also.

Der Außenwert der Papiermark (bei Kriegsausbruch sind 4,2 Goldmark für 1 US-Dollar zu zahlen) fällt gegenüber dem Greenback um die Hälfte. Und weil man siegessicher in Berlin ist, setzt man zur Kriegsfinanzierung vor allem auf die Verschuldung - im Vertrauen darauf, dass nach dem Sieg die Besiegten die Rechnung bezahlen. Die Staatsverschuldung des Reichs beträgt 5,2 Mrd. Mark im Jahr 1914, im Jahr 1918 105,3 Mrd. Mark. Die Schulden ver-20-igfachen sich also. Die öffentliche Schuldenlast beläuft sich nun auf schätzungsweise fast 150 Prozent der Wirtschaftsleistung des Kaiserreiches.

Hinzu kommen jetzt die Reparationszahlungen, die dem Reich im Versailler-Vertrag erhoben und die 1921 auf 132 Mrd. Mark festgelegt werden. Im Grunde sind die Deutschen damit finanziell überfordert, ruiniert.

(Ich möchte an dieser Stelle einwerfen: Ohne ungedecktes Papiergele hätte der Erste Weltkrieg ganz bestimmt nicht dieses schreckliche Ausmaß annehmen können, die Kosten wären einfach zu hoch und zu schmerzlich für die Bevölkerungen gewesen. Die Abkehr vom Goldgeld, für die die Staaten gesorgt haben, hat das verheerende industrielle Schlachten erst möglich gemacht.) Doch die monetäre Katastrophe der Deutschen wird sich erst fünf Jahre nach Kriegsende zutragen. Und das kommt so: Am 28. November 1918, 19 Tage nach Ausrufung der Republik, dankt der deutsche Kaiser ab. Es ist ein erzwungener, ein gewaltsamer Sturz, durch den die Weimarer Republik aus der Taufe gehoben wird.

Die demokratischen Parteien und deren Elemente, die nun die Bühne betreten, buhlen um die Gunst der Wähler. Teure Versprechungen werden gemacht. Das findet Gehör, zumal die Zeiten hart sind: Millionen versehrter und traumatisierter Männer kehren aus den Schützengräben in die Heimat zurück. Die Kriegswirtschaft hat das Reich ausgeblutet. Die Siegermächte demontieren die Industrie; das Reich muss

Gebiete im Osten abtreten; der deutsche Export wird gegängelt.

Die wechselnden Regierungen in der Weimarer Republik (von 1919 bis 1933 hat es 21 Reichsregierungen gegeben!) geben viel Geld aus, Geld, das sie nicht haben, und das die Bürger ihnen per Steuerzahlung auch nicht geben wollen. Finanziert werden die Staatsausgaben ab 1920, indem die Reichsbank ihre Druckerpresse rotieren lässt. Von Dezember 1919 bis Oktober 1922 steigt die Papiermark-Geldmenge von 68 auf 485 Mrd. Mark - ein Zuwachs von 613 Prozent in knapp drei Jahren (oder knapp 93% pro Jahr).

Es gelingt nicht, das öffentliche Defizit zu beenden. Die Lage dramatisiert sich, als Reichsaußenminister Walther Rathenau (1867 - 1922) am 24. Juni 1922 in Berlin ermordet wird. Schlagartig schwindet das internationale Vertrauen in die Weimarer Republik. Der Außenwert der Papiermark halbiert sich fast von Juni auf Juli 1922. Als jedoch Ende des Jahres Deutschland beschuldigt wird, mit seinen Reparationen im Rückstand zu sein, beginnt die Lage zu eskalieren.

Im Januar 1923 besetzen französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet. Reichskanzler Wilhelm Kuno ruft zum passiven Widerstand auf. Er verspricht, die Löhne der Arbeiter, Angestellten und Beamten mit neu gedrucktem Geld zu bezahlen. Die Reichsbank gibt immer mehr Banknoten aus, um die Finanzierungswünsche der Reichsregierung zu erfüllen. Bald gibt es kein Halten mehr. Die Geldmenge und als Folge die Güterpreise steigen mit immer größeren Raten an. Aus hoher Inflation wird galoppierende Inflation, dann Hyperinflation, die ihren Hochpunkt im Herbst 1923 erreicht.

Ein Albtraum für die breite Bevölkerung. Ersparnisse und Existenzien werden zerstört, die Gesellschaft wird wirtschaftlich und moralisch zerrüttet. Man fragt sich: Warum hat man es so weit kommen lassen? Wie konnte es zu dieser Hyperinflation, die von Deutschen für Deutsche angerichtet wurde, kommen? Die Antwort lautet: Durch die Politik der hohen Inflation ließ sich die Arbeitslosigkeit niedrig halten und so wurde die Weimarer Demokratie vor dem Offenbarungseid geschützt. Im Jahr 1919 betrug die Arbeitslosenquote durchschnittlich 3,7%, 1920 3,8%, 1921 2,8% und 1922 sogar nur 1,5%.

Doch dann: Im Sommer 1923, als die Inflation zur Hyperinflation wird, kollabiert die Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeit steigt von 3,5% im Juli auf 9,9% im September, auf 23,4% im November und auf 28,2% im Dezember. Deutschland ist jetzt am Rande des Bürgerkriegs. Auf den Straßen wird blutig gekämpft. Und es wird nicht nur um die Macht in Berlin gekämpft. Auch um Sezession wird gekämpft. Kurt Tucholsky (1890-1935) beschreibt die Situation im Rheinland in einem Beitrag von 1929 für "Die Weltbühne" wie folgt:

Lawinenartig wuchs inzwischen die separatistische Bewegung, proportional der Inflation. (...) Zu Frankreich hinüber wollte keiner, bei Preußen bleiben wenige. Was sie wollten und wozu sie damals auch ein Recht hatten, war Befreiung aus der Hölle der Inflation und Schaffung einer eignen Währung, einer eignen autonomen Republik.

Doch Sezession wird in Berlin nicht geduldet. Die Demokraten gehen unerbittlich gegen die Austrittsbefürworter vor. Wieder zeigt der deutsche Staat sein aggressives Gesicht: Das Selbstbestimmungsrecht der Austrittswilligen wird gewaltsam unterdrückt. Am 14. August 1923 übernimmt Gustav Stresemann (1878-1929) als Reichskanzler die Regierungsgeschäfte. Er erkennt: Die Inflation muss gestoppt werden.

Doch der Präsident der Reichsbank, Rudolf Havenstein (1857-1923), weigert sich, die Vermehrung der Papiermark zu drosseln. Havenstein und sein Zentralbankrat halten an falschen Theorien fest. Sie machen Zahlungsbilanz und Reparationen verantwortlich für die Inflation; und sie meinen, man müsse die Geldmenge ausweiten, weil ja angesichts des astronomischen Anstiegs der Güterpreise das Geld knapp geworden sei. Absetzen kann man Havenstein nicht, er ist auf Lebenszeit ernannt, und die Reichsbank ist seit 1922 (auf Drängen der Alliierten) unabhängig. Am 17. Oktober leitet daher die Stresemann-Regierung eine Umgehungsstrategie ein.

Der Staat gründet die Rentenbank, die die Rentenmark ausgibt, eine Währung, die durch die Grundschuld des Deutschen Reiches gedeckt beziehungsweise mengenmäßig begrenzt ist. Dabei wird festgesetzt, dass 1 Rentenmark 1 Billion Papiermark (1 Billion = 10^{12} oder eine "1" gefolgt von 12 Nullen) entspricht. Am 12. November 1923 ernennt Stresemann Hjalmar Schacht (1877-1970) zum Währungskommissar und beauftragt ihn, eine Währungsreform durchzuführen. Als erstes macht Schacht Schluss mit dem "Notgeld", das Städte und Gemeinden und Unternehmen herausgeben.

Das Notgeld ist zwar kein gesetzliches Zahlungsmittel, dient aber als Geld im Alltag, und es wird von der Reichsbank in Reichsbanknoten eingetauscht. Ende 1923 erreicht der Notgeldumlauf schätzungsweise 400 bis 500 Trillionen RM - und ist damit so groß wie das ausstehende Volumen der Reichsbanknoten. Dann, am 15. November 1923, hört die Reichsbank endlich auf, die Staatsschulden zu monetarisieren. Am 20. November 1923 - Havenstein stirbt an genau diesem Tag an Herzversagen - muss man auf dem

Devisenmarkt 4,2 Billionen Papiermark für 1 US-Dollar bezahlen.

Diesen Kurs verkündet Schacht nun als offizielles Austauschverhältnis: Für 4,2 Billionen Papiermark bekommt man bei der Reichsbank 1 US-Dollar. Und damit - Abrakadabra! - entsprechen nun 4,2 Rentenmark 1 US-Dollar - so wie vor Kriegsbeginn der Kurs 4,2 Mark für 1 US-Dollar war. Doch die Abwertungserwartung der Papiermark in den Terminmärkten geht weiter. Die Papiermark fällt in der Spitze auf 12 Billionen pro 1 US-Dollar. Doch durch einen geschickten Zug bricht Schacht die Spekulation, und die Reichsbank kann den Außenwert der Papiermark bei 4,2 Billionen für 1 US Dollar halten.

Mit dem Ende der Notgeldausgabe, dem Stillstand der Reichsnoten-Druckerpressen und der Rentenmark ist die Hyperinflation vorbei. Doch schon bald gibt es wieder neues Geld: Am 30. August 1924 wird die Reichsmark eingeführt, und zwar mit einem Wechselkurs von 1:1 gegenüber der Rentenmark.

Die Reichsmark - wen wundert es: sie ist natürlich wieder Staatsgeld - wird die Deutschen auch wieder bitter enttäuschen. Vorhang auf für den 3. Akt.

3. Akt

Die Reichsmark ist ungedecktes Geld, die Reichsbank löst sie in nichts ein. Anfänglich gelingt es der Reichsbank unter Schacht, die Ausweitung der Reichsmark-Geldmenge im Zaume und so die Güterpreisinfation niedrig zu halten. Doch schon bald ziehen zwei dunkle Wolken am Horizont auf.

Die erste dunkle Wolke: Die staatlichen Stellen im Reich - Kommunen und Städte - verschulden sich zusehends im Ausland, vorzugsweise in US-Dollar. Die Auslandskredite werden vor allem für konsumptive Zwecke eingesetzt. Und für ihre Rückzahlung werden keine Devisen verdient. (Devisen sind für das Reich knapp, weil der deutsche Export, durch den ja Auslandswährung verdient werden kann, durch die Kriegssiegermächte sabotiert wird.) Die zweite dunkle Wolke: In Europa haben sich 1922 die Staaten, maßgeblich auf Druck Großbritanniens, auf einen sogenannten "Gold-Devisen-Standard" geeinigt.

Das bedeutet: Die Bank von England löst das Britische Pfund in Gold oder US-Dollar ein, alle anderen Zentralbanken in Europa tauschen ihre Währungen in Britische Pfund ein. Dieses monetäre Kartenhaus kollabiert im Zuge der "Grossen Depression", die, ausgehend von den Vereinigten Staaten von Amerika, Ende 1929 die Welt erfasst. Die Weltwirtschaftskrise trifft die Deutschen besonders hart, nicht zuletzt auch wegen der hohen Auslandsverschuldung des Reiches. Die Produktion bricht ein, die Arbeitslosigkeit steigt auf mehr als 6,1 Millionen im Februar 1932 - also mehr als 31% der Erwerbstätigen haben keinen Job mehr.

Die wirtschaftliche Not der Bevölkerung ist groß. Was daraufhin politisch passiert, ist hinreichend bekannt. Die Deutschen haben nur noch die Wahl zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus; eine liberale Option im Parlament gibt es nicht. Durch demokratische Reichstagswahlen wird die "Nationalsozialistische Arbeiterpartei" zur stärksten Kraft. Am 30. Januar 1933 wird Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt, und nachfolgend errichtet er die Diktatur des Nationalsozialismus. Mit Arbeitsdiensten und Rüstungsausgaben gelingt es den Nationalsozialisten, die Arbeitslosigkeit bis 1937 auf unter 1 Million abzusenken.

Die Beschäftigungspolitik der Nationalsozialisten wird anfänglich nicht so sehr durch eine Geldmengenausweitung finanziert. Von Ende 1932 bis 1938 steigt der Bargeldumlauf von 5,6 auf 10,4 Mrd. RM - das entspricht einem jahresdurchschnittlichen Zuwachs von 11 Prozent. Die Nationalsozialisten setzen auf die "Mefo-Wechsel". Es handelt sich dabei um Wechselkredite, die auf die im Juli 1933 gegründete Metallurgische Forschungsanstalt gezogen werden, und die bei der Reichsbank diskontiert werden können.

Mit der Ausgabe der Mefo-Wechsel gelingt es - weil sie von den Investoren bereitwillig gehalten und nicht bei der Reichsbank eingelöst werden -, die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und damit die Gesamtnachfrage zu erhöhen. Die Nationalsozialisten greifen aber vor allem auch auf Bankkredite und Anleihen zurück. Durch sie werden die Ersparnisse aufgesogen und in die Rüstung gelenkt.

Während des Zweiten Weltkriegs plündern die Nationalsozialisten zudem systematisch die besetzten Gebiete aus; eindrücklich hat das der Historiker Götz Aly in seinem Buch "Hitlers Volksstaat" (2005) aufgearbeitet. Auf diese Weise wird die Belastung der deutschen Bevölkerung mit Inflation und Steuern relativ gering gehalten; und das hält den Widerstand gegen das Regime und den Krieg klein.

Im Reichsgebiet installieren die Nationalsozialisten eine Befehls- und Lenkungswirtschaft. Löhne, Mieten, Zinsen, Gewinne und Güterpreise: alles wird von zentraler Stelle diktiert. Preiskontrollen verhindern, dass die Güter sich verteuern. Das Ergebnis ist zurückgestaute Preisinfation. Mit Verschärfung der Kriegswirtschaft nimmt dann aber auch die Geldmengenvermehrung drastisch zu. Die Reichsmark wird von den

Nationalsozialisten rücksichtslos für die eigenen totalitären Zwecke eingesetzt - die Reichsbank wird Hitler unterstellt. Bis Kriegsende ist die RM-Bargeldmenge auf 73 Mrd. RM gestiegen - ein Anstieg um mehr als 660 Prozent seit Ausbruch des Krieges.

Als das Regime am 8. Mai 1945 kapituliert, sind die Deutschen wieder ruiniert. Millionen Tote; Städte und Produktionsanlagen liegen in Schutt und Asche; die Staatsschulden sind erdrückend; die Entwertung der Reichsmark tritt in stark steigenden Schwarzmarktpreisen zutage. Die Not der Bevölkerung ist groß. Flucht und Vertreibungen bringen in den ersten Nachkriegsjahren etwa 14 Millionen Menschen in das verbliebene, weithin zerstörte Deutschland. Es gibt Versorgungsgänge. Hunderttausende sterben im Winter 1946/1947 an Hunger, Erschöpfung und Kälte. Nach Ende der Kriegshandlungen halten die Alliierten an den Preiskontrollen, die die Nationalsozialisten erlassen hatten, fest.

So fehlen die Anreize zur Produktionsausweitung. Die Schattenwirtschaft blüht. Die Reichsmark erweist sich als stark entwertet, und die Menschen weichen auf Ersatzwährungen aus - wie insbesondere Zigaretten. Die Reichsmark verliert ihre Kaufkraft vor allem auch deswegen, weil die USA und die Sowjetunion Militärmark im Reichsgebiet ausgeben.

Die Militärmark kann 1:1 in Reichsmark tauscht werden. Es ist zu vermuten, dass gerade die Russen, die von den Amerikanern 1944 die Reichsmark-Druckerplatten bekamen, die Reichsmarkmenge in gewaltigem Ausmaß erhöhten und so die Kaufkraft der Reichsmark zerstörten. Mit großer zeitlicher Verzögerung leiten die Alliierten eine Währungsreform ein, die mit der Reichsmark kurzen Prozess machen wird. Der 4. Akt beginnt.

4. Akt

Am 20. Juni 1948 ersetzt in der Besatzungszone der Westalliierten die D-Mark die Reichsmark. Vier Tage später wird in der sowjetischen Besatzungszone die Deutsche Mark der Deutschen Notenbank, später Mark der DDR, eingeführt. Die Deutschen haben an der Währungsreform nur insoweit Anteil, als dass sie die Vorgaben der Alliierten in deutsche Gesetzesprache übertragen. Warum eigentlich der Währungswechsel?

Die Kaufkraft der Reichsmark ist stark abgesunken, und durch die Freigabe der Preise hätte es vermutlich einen großen (wenn auch nur vorübergehenden) Inflationsschub gegeben, der die Kaufkraft der Reichsmark noch weiter reduziert hätte. Auf alliierter Seite fürchtet man, es könnte politisch turbulent in Deutschland werden, wenn das Geld der Deutschen erneut inflationiert. Deshalb soll die Währungsreform sicherstellen, dass der Reichsmark-Geldüberhang nicht durch einen Preisauftrieb, sondern durch eine Herabsetzung der Geldbestände abgebaut wird.

Nun hätte man aber das gleiche auch erreicht, wenn die Reichsmark erhalten geblieben wäre. Der Schluss liegt daher nahe: Das Dritte Reich sollte das letzte Reich der Deutschen sein. Das "Reich" vor der Mark soll fallen, deshalb wird die "D-Mark" eingeführt - eine Wortprägung des US-Amerikaners Edward A. Tenenbaum (1921-1975), der dem Stab des Militärgouverneurs der amerikanischen Besatzungszone, General Lucius D. Clays (1898-1978), angehört.



Wichtiger als die Einführung der D-Mark ist allerdings die nahezu gleichzeitige Freigabe der Güterpreise, für die Ludwig Erhard (1897-1977) sorgt. Erst dadurch wird der Wiederaufbau Deutschlands, wird das deutsche "Wirtschaftswunder" möglich. Die D-Mark ist - wie zuvor die Papiermark, die Rentenmark und die Reichsmark - wieder eine staatlich monopolisiert ungedeckte Papierwährung.

Ab 1952 ist sie allerdings eingebettet in das System von Bretton Woods - das zumindest anfänglich noch eine gewisse Verankerung im Golde hatte. Rückblickend hat sich die D-Mark in ihrem 50jährigen Bestehen zwar als ein relativ erfolgreiches Geld für die Deutschen erwiesen. Ihr Schicksalsweg steht jedoch im Grunde schon seit den 1960er Jahren fest - wie übrigens auch der vieler anderer staatlicher Währungen in Europa.

Als das System von Bretton Woods Anfang der 1970er Jahre zusammenbricht, geht man in Europa dazu über, die nationalen Wechselkurse zu koordinieren, um eine einheitliche Geldpolitik in Europa herbeizuführen. Der Europäische Währungsverbund wird 1971 geschaffen - und mit ihm die Europäische Rechnungseinheit. Im Grund ist sie der Nukleus einer Einheitswährung in Europa.

1979 entsteht das Europäische Währungssystem, und die Europäische Rechnungseinheit wird durch die Europäische Währungseinheit ("ECU") ersetzt. Der große Traum der Wechselkurskoordinatoren ist es, die nationalen Währungen abzuschaffen und eine politisierte Einheitswährung in Europa zu etablieren. Man wartet auf die Gelegenheit. Die kommt mit dem Mauerfall am 9. November 1989. Am 1. Juli 1990 wird die D-Mark in der DDR eingeführt. Löhne, Mieten, Renten und Schulden werden 1:1 umgetauscht.

Übrigens ein Wechselkurs, zu dem die DDR-Mark völlig überbewertet ist - aber politisch gewünscht ist seitens der Kohl-Regierung. Ostdeutschland wird deindustrialisiert und auf Jahrzehnte hin zum Subventionsempfänger. Die "sozialistischen Schläfer", die lange von einer europäischen Einheitswährung geträumt haben, und die vor allem die D-Mark loswerden wollen, ergreifen in der Euphorie der Wiedervereinigung ihre Chance und machen bitteren Ernst. Damit kommen wir zum 5. Akt der Währungsgeschichte der Deutschen.

5. Akt

Ein staatliches Einheitsgeld für Europa - dieses großenwahnsinnige Vorhaben wird am 1. Januar 1999 tatsächlich in die Tat umgesetzt: 11 nationale Fiat-Währungen gehen an diesem Tag unwiderruflich im Euro auf - einem staatlichen ungedeckten Geld, einem Fiat-Geld, dessen Produktionsmonopol in den Händen der Europäischen Zentralbank (EZB) liegt. Mittlerweile haben 19 Länder mit einer Bevölkerungszahl von 342 Millionen Menschen ihre Selbstbestimmung bei der Währungswahl an die EZB abgegeben, einer supranationalen Institution, deren Politik sie de facto gar nicht mehr kontrollieren können.

Zählt man alle hinzu, die sich offen oder versteckt, direkt oder indirekt an den Euro gebunden haben, dann hängen über 539 Millionen Menschen am Euro. Der Einstieg in das europäische Einheitsgeld, das ein Fiat-Geld ist, lässt sich mit ökonomischem Sachverstand nicht rechtfertigen. Fiat-Geld ist inflationär, sozial ungerecht, es verursacht Wirtschaftsstörungen, treibt die Volkswirtschaften in die Überschuldung. Warum überhaupt der Euro?

Bestenfalls lässt sich der Einstieg in den Euro einer falschen Theorie zuschreiben - die da lautet: Frieden und Wohlstand in Europa lassen sich nur mit einem monopolisierten Einheitsgeld schaffen.

Schlimmstenfalls ist der Einstieg in den Euro Ausdruck des Bestrebens, in Europa eine kollektivistische-sozialistische Befehls- und Zwangswirtschaft quasi durch die Hintertür einzuführen. Leider ist der Verdacht für Letzteres geradezu erdrückend: Die Krisenträchtigkeit des Euro und die Krisenzwänge, die er verursacht, bewirken nämlich genau das. Seit dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009, spätestens aber seit der Banken- und -Staatsschuldenkrise 2010 liegt der Euro auf der Intensivstation.

Die EZB und die "Rettungspolitiken" der Regierungen schalten die Korrekturkräfte der Marktwirtschaft zusehends aus und ketten die Nationen immer enger aneinander - durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus, die Target-2-Salden, die Bankenunion etc. - und erhöhen damit die Scheidungskosten. Die Regierungseliten, die Bürokraten und der EZB-Rat werden früher oder später vorgeben, was wann wo und wie zu produzieren ist und wer was wann und in welcher Menge konsumieren kann.

Man überspannt den rhetorischen Bogen wohl nicht, wenn man sagt, dass Karl Marx vermutlich begeistert wäre, könnte er den Euro und dessen Folgewirkungen sehen. Doch bevor nun der Vorhang fällt, sei noch ein kurzer Epilog gestattet.

Epilog

Was die Deutschen aus ihrer Währungsgeschichte lernen können, ist das: Die Hoheit des Staates über das Geld hat sich für die Deutschen als desaströs erwiesen: Der Staat - ob Kaiserstaat, Demokratie- oder Diktatorstaat - hat seine Monopolstellung über das Geld immer wieder missbraucht, wenn es ihm in den Kram passte.

Das Geld dem Staat anzuvertrauen, war und ist eine große Torheit. Vielleicht sagen Sie nun, liebe Zuhörer: Ist es nicht beruhigend, dass die Deutschen ihre Währungssouveränität, die sie in der Vergangenheit so unkug gehandhabt haben, nun endgültig aus der Hand gegeben, sie an eine supranationale Institution delegiert haben?

Die Antwort lautet: Nein. Auch mit dieser Entscheidung haben die Deutschen ihr Geld leider nicht in verlässliche Hände gelegt. Schließlich steht die Euro-Einheitswährung nicht für gutes Geld, nicht für die Krönung eines freiheitlichen Europas. Der Euro ist vielmehr der "Zwingmeister" eines sozialistischen Großprojektes, das Bürger und Nationen in Europa entmachten und eine Einheitszivilisation hervorbringen soll, gelenkt und beherrscht von zentraler Stelle.

Doch die Währungsgeschichte der Deutschen, die ich als ein Trauerspiel inszeniert habe, kann eine Wendung zum besseren nehmen. Die Lösung des Währungsproblems ist denkbar einfach. Sie lautet: Beendet das staatliche Geldmonopol und eröffnet einen freien Markt für Geld.

Ein freier Markt für Geld bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als jeder die Freiheit hat, das Geld wählen zu können, das er zu verwenden wünscht. Und dass jeder die Freiheit hat, Güter anbieten zu dürfen, von denen er meint, sie werden von den Nachfragern als Geld gewünscht. Ein freier Markt für Geld ist Ausdruck eines Selbstbestimmungsrechtes, das jedem Menschen zusteht; und er ist Garant für Frieden und Wohlstand.

Das ist, denke ich, eine wirkungsmächtige Wahrheit, über die es aufzuklären gilt; und die Menschen haben ein Anrecht auf diese Wahrheit. Aufzuklären und damit ein Umdenken herbeizuführen, dazu ist ein kritisches Aufarbeiten der Währungsgeschichte hilfreich: Die Währungsgeschichte mit solider ökonomischer Theorie von allen Beschönigungen und Fehlinterpretationen zu befreien, sie richtigzustellen - und dabei auch herzuarbeiten, wie unheilvoll der Staat (wie wir ihn heute kennen) ist, insbesondere auch für das Geld der Menschen.

Ich hoffe, dass meine heutigen Ausführungen dazu einen Beitrag leisten konnten.

© Prof. Dr. Thorsten Polleit

Quelle: Auszug aus dem Marktreport der [Degussa Goldhandel GmbH](#)

Der Beitrag wurde als Vortrag bei der diesjährigen Usedom-Konferenz von eigentlich frei am 18. Januar 2020 gehalten. Es gibt ihn auch als Podcast auf Youtube.

Dieser Artikel stammt von [GoldSeiten.de](#)

Die URL für diesen Artikel lautet:

<https://www.goldseiten.de/artikel/438859-Die-Waehrungsgeschichte-der-Deutschen.-Ein-Trauerspiel-in-fuenf-Akten.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer!](#)

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2025. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinien](#).